



In dieser Hinsicht gibt es schon viel Lebensmittelproduktion in der Stadt, oft allerdings ausserhalb der Umweltbewegung.

Die Schrebergärten?

Alle sozialen Bewegungen brauchen Treffpunkte. Dazu gehören in diesem Fall auch die Familiengärten. Ich plädiere sehr dafür, dass sich die alte Schrebergartentradiation mit urban agriculture verbindet. Aber es gibt da noch gewisse Hindernisse. Urban agriculture wird von Leuten aus der Mittelschicht betrieben, Familiengärten eher von der traditionellen «Arbeiterschaft». Es gibt also Status- und Schicht-Unterschiede. Zudem werden Familiengärten von Vereinen getragen, während urban agriculture auch von spontanen Aktivitäten geprägt ist. Schliesslich gibt es in den beiden Bereichen unterschiedliche Vorstellungen von Mein und Dein. Urban agriculture hat viel weniger Zäune als die Schrebergärten. In den Familiengärten treffen sich unglaublich viele Ethnien, man tauscht sich aus, kontrolliert sich auch – eine unglaublich hohe Leistung der multikulturellen Integration. Viele meinen, dass Multikulturalität nicht zu viel Dichte erträgt. Die Familiengärten beweisen das Gegenteil. Da ist der Kroat, ein paar Meter weiter der Schweizer und ein bisschen weiter der Spanier, etc. – und es funktioniert.

Mir ist ein Beispiel in Erinnerung, wo in einem Schrebergarten Regeln für die gemeinsame Grillstelle entwickelt werden mussten, weil die einen Schweinefleisch essen und die anderen nicht.

Es ist gerade die Unterschicht, von der die Mittelschicht behauptet, sie seien Rassisten, welche diese phantastische Integrationsleistung erbringt. Diese Leistung sollten wir besser erfassen und verstehen.

Nun werden die Flächen für Familiengärten laufend eingeschränkt, weil sie mittlerweile an guten Lagen liegen, wo man mit Immobilien mehr Rendite realisieren könnte.

Genau dieses Thema ermöglichte vor zwei Jahren in Basel eine politische Allianz zwischen den Familiengärtnern und urban agriculture gegen die Pläne der rot-grünen Regierung BS, Familiengärten umzunutzen.

Wenn man davon ausgeht, dass die Schrebergärten vorher da waren, müsste sich urban agriculture eigentlich

ihnen annähern und nicht umgekehrt. Geschieht dies tatsächlich?

Da sind wir jetzt dran. Das ist unser grosses Anliegen. Als Kommunikationsglied dient die Stadtgärtnerei, welche die Oberaufsicht hat über die Familiengärten. Seit einiger Zeit gibt es ökologische Auflagen. Die werden aber zu wenig durchgesetzt – vielleicht ist es auch nicht möglich. Es ist interessant, dass der Präsident des nationalen Dachverbandes der Familiengärtner der urban agriculture gegenüber sehr aufgeschlossen ist.

Urban agriculture hat eine wichtige Wurzel in der Allmend, dem gemeinsam verwalteten oder bewirtschafteten Boden. Das ist in den Familiengärten ganz anders. Die Menschen wollen einen kleinen Flecken Erde, auf

Die Instrumente, die Solidarität vermitteln, sind gleichzeitig auch die Instrumente, die Solidarität auflösen.

dem sie die Autonomie leben können, die anderswo nicht möglich ist. Wie sieht nun die Vision einer Zusammenarbeit aus?

Ich denke, es beginnt mit der Anerkennung der grossen Leistung der Familiengärten auf der Allmend, die ja auch viel mehr produzieren als die urban agriculture. Dann müssen wir mit den Vereinen ins Gespräch kommen, was vor zwei Jahren begonnen hat. Und drittens möchten wir sie an den Markt bringen. Wir haben im Rahmen der Sozialen Ökonomie Basel ein Projekt «local food for local money» gestartet, mit dem die Produktion, welche über den Eigenbedarf hinausgeht, auf Märkten verkauft werden kann.

Sie haben gesagt, dass die urban agriculture auch von spontanen Aktivitäten geprägt ist. Reicht das für eine stabile Entwicklung?

Im Landhof, dem grössten Projekt der urban agriculture in Basel gibt es viele Treffen und «Parties» und alle finden es wunderbar. Wenn es aber um konkrete Arbeit geht, stellen wir ein Manko an Wissen, an Arbeitswillen und an Zuverlässigkeit fest.

Isidor Wallimann (1944) ist Emeritus Professor für Soziologie, Ökonomie und Sozialpolitik an der FHNW und Gastprofessor an der Syracuse University, USA. Er ist Initiator der «Sozialen Ökonomie Basel» www.sozialeoekonomie.org, aus der auch www.urbanagriculturebasel.ch und die Alternativwährung «BonNetzBon» hervorgegangen sind. Zu seinen Veröffentlichungen gehören «Environmental Policy is Social Policy – Social Policy is Environmental Policy: Toward Sustainability Policy» (Springer-Verlag), und die auf Google aufgeschalteten Bücher «Das Zeitalter der Knappheit» und «Sozialpolitik anders denken».

Es ist gerade die Unterschicht, von der die Mittelschicht behauptet, es seien Rassisten, die diese phantastische Integrationsleistung in den Schrebergärten erbringt.

Werden die «Partygänger» nicht langsam angesteckt von der konkreten Arbeit?

Nein, bis jetzt leider nicht genug. Wir fragen uns, wie wir damit umgehen sollen. Wir richten nun eine Wandergärtnerin ein, welche die verschiedenen Projekte besucht, dort anleitet und auch für Verbreitung von Fachwissen und Verbindlichkeit sorgt

Solche Gemeinschaften entstehen also nicht spontan, sondern erfordern Moderation?

Die Koordinations- und Animationsleistung muss von uns aus kommen. Wenn wir uns zurückziehen, geht die Leistung nicht kontinuierlich genug weiter. Aber man kann auch nicht ständig Animator spielen. Wir haben jetzt in einzelnen Gärten auch etwas weniger pflegeintensive Pflanzen angebaut.

Leute mit einem Garten arbeiten normalerweise freiwillig. Das ist bei einer Allmende offenbar nicht der Fall?

Es gibt einige Freiwillige, aber gemessen an den vielen Leuten, die zu den Anlässen kommen, noch zu wenige. Meine Erklärung ist: Es ist offensichtlich interessant, sich dort sympathisierend zu treffen. Das liegt auch an der Struktur des Landhofs, ein Projekt von Bewegten in einem Wohnquartier. Die Spontaneität reicht nicht für die Kontinuität, die ein Garten halt braucht. Aber es ist sozial höchst integrierend und ent-individualisierend.

Gehen wir von den Gartengemeinschaften zu den Hausgemeinschaften, die ja wesentlich schwieriger zu realisieren sind, weil sie auch viel mehr Geld erfordern.

Die Soziale Ökonomie ist engagiert in der Gründung von Hausgemeinschaften, aber in der besonderen Form des Miethäuser-Syndikats.

Was ist der Unterschied zu einer Genossenschaft?

Diese Form vermittelt gleiche Rechte wie bei den üblichen Wohngenossenschaften aber mit mehr Flexibilität, Erweiterungs- und Anpassungsfähigkeit. Der ausserordentliche Erfolg mit dem Mietshäuser-Syndikat kann in Deutschland sehr gut nachvollzogen werden.

Was ist das für eine rechtliche Konstruktion?

Die Immobilien gehören dem Syndikat, eine Art Holding GmbH, welche die MieterInnen innehaben. Nach innen ist man in einzelne Häuser organisiert, die von den Bewohnern selber verwaltet werden. Man ist Mieter mit ausgesproche-

nem Kündigungsschutz. Das Prinzip des Syndikats ist in Freiburg i.Br. aus der Hausbesetzer-Szene entstanden und wird mittlerweile an über 80 Hausprojekten in Deutschland angewendet.

Trotz allem wird das Bedürfnis nach Gemeinschaft von der Immobilienwirtschaft nicht wahrgenommen. Kann man neue Wohnformen einfach dem Markt, dem Zufall oder der individuellen Anstrengung überlassen?

Nein, das kann man nicht. Aber die Angebote des Marktes werden zum Teil auch nicht genutzt. Hier in der unmittelbaren Nachbarschaft wurde ein Haus für das Vor-Alterswohnen mit gewissen gemeinschaftlichen Einrichtungen umgebaut. Es fand keine Mieter. Die Liegenschaft wurde schliesslich im Stockwerkeigentum verkauft. Es ist also nicht so leicht, den Schlüssel zu finden.

Wir sind uns einig, dass man es nicht dem Markt überlassen kann. Wem dann?

Der Bewegung. Man muss sich das abringen.

Was für staatliche Rahmenbedingungen wünscht man sich dafür?

Wir gehen nicht zum Staat, sondern machen uns selber an die Arbeit. Ich bin natürlich für eine staatlich gut ausgebaute Sozialpolitik, aber ohne eigene Initiative geht es nicht.

Man hört immer wieder, die Not sei bei uns noch nicht gross genug, um den Wert des Gemeinschaftlichen zu erkennen, zum Beispiel einer alternativen Gemeinschaftswährung, eines Gartens etc. Sie engagieren sich ja auch in anderen Ländern mit diesen Themen. Geht es uns tatsächlich noch zu gut?

Je grösser eine Krise, desto grösser ist die Tendenz zu Selbsthilfe auf genossenschaftlicher Basis, das ist eine historische Erfahrung in vielen Ländern, auch bei uns. Aber das Engagement kann dann auch wieder abnehmen. Wenn man z.B. nach Indien schaut, wo die Not viel grösser ist, dann stellt man fest, dass es nicht mehr gemeinschaftliches Engagement genossenschaftlicher Prägung gibt. Dort funktionieren die Familiensysteme besser als Krisenmanagement-Verbund. Und, obwohl es uns sehr gut geht, steigt bei uns das Engagement in sozialen Bewegungen für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Das Gespräch führte Christoph Pfluger